

Südafrika

# Hauch von Nürnberg

**Zum erstenmal stehen hohe Militärs wegen Verbrechen während der Apartheid-Ära vor Gericht. Der Prozeß stürzt viele Weiße in Panik.**

Die Stimme des Generals im Ruhestand zitterte vor Erregung: „Ich bin Christ und habe immer nach den Prinzipien der Bibel gelebt. Die Werte der Familie sind mir heilig.“ Magnus Malan, 65, Verteidigungsminister von 1980 bis 1991, mußte Anfang des Monats vor



**Ex-Verteidigungsminister Malan**  
„Wir wollen keine Amnestie“

einem Gericht in Durban „die größte Erniedrigung“ seines Lebens erleiden.

Die Richter setzten den frommen Mann nur gegen eine Kautions von 10 000 Rand (4000 Mark) auf freien Fuß. Sie nahmen ihm seinen Paß ab und befahlen ihm, sich einmal pro Woche bei der Polizei zu melden. Vor dem Gebäude empfingen ihn schwarze Demonstranten mit dem Ruf „Mörder“.

Magnus Malan, einst einer der mächtigsten Männer des weißen Südafrika, ist

Hauptangeklagter in einem Prozeß, in dem sich vom 1. Dezember an elf hohe Offiziere wegen Mordes in 13 Fällen verantworten müssen. Den Militärs – unter ihnen fünf Generäle und ein Admiral – wird vorgeworfen, in den achtziger Jahren Todesschwadronen gegen politische Gegner aufgestellt zu haben.

Im damals noch von Südafrika besetzten Namibia unterhielt der militärische Geheimdienst eigene Lager, wo Hunderte Zulus der ANC-Konkurrenzpartei Inkatha in Mordtechniken und Sabotage ausgebildet wurden.

Ein solches Killer-Kommando war am 21. Januar 1987 um zwei Uhr nachts in das Haus des schwarzen Aktivisten Victor Ntuli im Township KwaMakutha bei Durban eingedrungen. Die verummumten Männer töteten 13 Familienmitglieder im Schlaf, darunter sieben Kinder zwischen drei und zehn. Ein zehnjähriger Junge, der sich in einem Kleiderschrank versteckte, überlebte das Massaker.

Solche Verbrechen gab es in Südafrika zu Hunderten. Doch zum erstenmal werden nicht die kleinen Schurken des Sicherheitsapparats vor Gericht gestellt, sondern die Drahtzieher des schmutzigen Kriegs. Das geplante Verfahren hat die südafrikanische Gesellschaft, die nach der Wende so mühsam zusammenwächst, wieder in zwei Lager gespalten.

Viele Schwarze, denen Präsident Nelson Mandelas Politik der ausgestreckten Hand zu weit geht, feiern Tim McNally, Generalstaatsanwalt von KwaZulu/Natal, der die Untersuchung gegen die hohen Militärs leitet. Das Beweismaterial – eidesstattliche Erklärungen und eine Fülle von geheimen Armeedokumenten – lasse keinen Aufschub zu, so McNally.

Jon Qwelane, populärer Kolumnist und Radio-Talkmaster, spürt schon einen „Hauch von Nürnberg“. Das neue Südafrika brauche einen Prozeß „wie damals in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Nur so können wir die Machenschaften des Apartheid-Regimes wirklich entlarven und die Schuldigen endlich bestrafen“.

Die meisten Weißen dagegen fürchten eine „Hexenjagd“ auf Angehörige der früheren Regierung, während die Missetaten der schwarzen Befreiungsbewegung ANC ihrer Meinung nach ungesühnt bleiben. Vizepräsident Frederik Willem de Klerk sieht gar die gemeinsame Regierung zwischen ANC und seiner Nationalen Partei in Ge-

letzten Jahres auf dem Washingtoner Kapitolshügel als eine Art Gegenpräsident etablieren konnte. Mit komfortablen Mehrheiten in beiden Kammern des Kongresses hat Gingrich sich daran gemacht, als Vorsitzender des Repräsentantenhauses dem Präsidenten das Regieren abzunehmen. Was Clinton zu beenden versprochen hatte, wird nun von den Parlamentariern abgeholt: Kahlschlag im Sozialstaat.

Erst einmal wird der 60 Jahre alte Rechtsanspruch bedürftiger Mütter auf Hilfe der US-Regierung aufgehoben. An dessen Stelle tritt der Auftrag an die 50 Bundesstaaten, sich um die Bedürftigen zu kümmern und selbst zu entscheiden, ob und in welchem Umfang – und für wie lange – ihre jeweiligen Sozialfälle Fürsorgegeld erhalten sollen. Washington schießt nur noch eine Pauschalsumme zu, die von den einzelnen Staatsregierungen nach deren Gutdünken zu verwenden ist. Fortan dürfen bedürftige Amerikaner höchstens fünf Jahre in ihrem Leben Sozialhilfe beziehen; für Härtefälle sind einige Ausnahmen zulässig.

Gingrich hat im Repräsentantenhaus, dem er vorsteht, noch schärfere Schnitte durchgesetzt. Für Frauen, die als Fürsorgeempfängerinnen schwanger werden, soll es kein zusätzliches Geld geben. Auch unverheiratete Teenager sollen für ihre Babys zumindest kein Bargeld erhalten. Legale Einwanderern, die noch keine US-Staatsbürger sind, sollen bestimmte soziale Leistungen verweigert werden.

Der Kongreß hat Gingrichs Reformen durchgepaukt, ohne lang zu debattieren, ob die Entlastung des Staatshaushalts nicht doch zu gewaltigen sozialen Verwicklungen führen wird. Wo sollen die künftig mittellosen Millionen denn hin, wenn es kaum noch Obdachlosheime gibt, kaum noch trockenen Platz unter den städtischen Brücken, kaum noch Freistellen in den Waisenhäusern und auch immer weniger private Mildtätigkeit? Ein Reformkonzept, das keines ist, wurde auf dem Kapitolshügel in festlicher Stimmung verabschiedet. „Millionäre feiern das Zertrampeln der Armen“, hieß es darauf bei Bob Herbert, dem schwarzen Kolumnisten der *New York Times*.

Und Amerika reagiert nur langsam. Keine Streiks, kaum Demonstrationen, vorwiegend Wurstigkeit. Das Schicksal O.J. Simpsons hat unendlich mehr Aufmerksamkeit erregt als die Beschlüsse, die Millionen von Amerikanern die Zukunft verdüstern können.

Viele Westeuropäer in Washington sahen der parlamentarischen Abholzelei womöglich tiefer erschüttert zu als die betroffenen Amerikaner selbst. Bei ihnen zu Hause wäre das alles doch völlig unvorstellbar. Oder etwa nicht?



FOTOS: M. PERSOON / GAMMA / STUDIO X

**Gewalt unter Schwarzen: Killer-Kommandos losgeschickt**

fahr: Der Prozeß werde „ernste Folgen für die nationale Versöhnung haben“.

Auch General Constand Viljoen, der die konservativen Buren im Frühjahr 1994 mit seiner Freiheitsfront dazu bewegte, an den ersten demokratischen Wahlen teilzunehmen und einen Kompromiß mit den neuen schwarzen Herren zu schließen, warnt vor gewalttätigen Reaktionen burischer Extremisten. Die Ultrarechten, die im vergangenen Jahr mit Bombenanschlägen in Johannesburg und Germiston die Wahlen verhindern wollten, waren seit Mandelas Amtsantritt kaum noch in Erschei-

nung getreten. Jetzt rufen sie wieder zu Aktionen auf.

Im Prozeß gegen die Generäle, den der bibelfeste Malan zur „dunkelsten Stunde“ in der jungen Demokratie am Kap hochspielte, sehen viele Weiße einen unfairen Trick. Denn Ende des Jahres soll eine „Wahrheitskommission“ die Arbeit aufnehmen, die Südafrikas Vergangenheit systematisch durchleuchtet.

Ein Gremium unabhängiger Persönlichkeiten, vom Präsidenten aus einer langen öffentlichen Vorschlagsliste ausgewählt, wird dann die Verbrechen des Apartheid-Regimes, aber auch die Men-

schenrechtsverletzungen der Befreiungsbewegungen untersuchen. Täter, die ein volles Geständnis ablegen, kommen in den Genuß einer Amnestie. Einzige Bedingung: Das Motiv für die Verbrechen muß eindeutig politisch sein.

Auf hehre Beweggründe berufen sich beide Seiten. Die Widerstandskämpfer des ANC können zu Recht für sich in Anspruch nehmen, gegen ein von der ganzen Welt geächtetes Unrechtssystem rebelliert zu haben. Die Generäle um Malan wiederum wähten einen gerechten Krieg gegen den Weltkommunismus zu führen, als dessen Speerspitze sie die schwarzen Untergrundkämpfer an der Südspitze des Kontinents betrachteten. Erst der Zusammenbruch des Ostblocks habe den Konflikt beendet und Südafrika den Frieden gebracht.

Im Staatssicherheitsrat planten während der Apartheid-Ära die Spitzen des Militärs, der Geheimdienste und der Polizei mitsamt einem erlesenen Kreis von Politikern Strategien gegen den erwarteten „Totalangriff“ des Kommunismus. Hier fiel die Entscheidung über Leben und Tod von Oppositionellen, wurden Attacken auf Nachbarländer abgesegnet.

„Keiner der Generäle jener Zeit führte Operationen ohne Wissen der Politiker im Staatssicherheitsrat durch“, sagt Brigadegeneral Bill Sass, der heute beim Institut für Verteidigungspolitik in Pretoria arbeitet: „Der Prozeß gegen die Generäle wird auch hochrangige Politiker der Nationalen Partei belasten. Einige sitzen sogar in der heutigen Regierung.“



**Anschlag in Germiston 1994: Versuch, die Wahlen zu verhindern**

Vizepräsident de Klerk hat Mandela denn auch gebeten, General Malan und zehn Mitangeklagten eine begrenzte Straffreiheit zu gewähren, damit die künftige Arbeit der Wahrheitskommission nicht unterlaufen werde. Doch der große Versöhner zeigte sich diesmal unerbittlich. „Wo liegen die politischen Motive, wenn unschuldige Kinder und alte Leute abgeschlachtet werden?“ erregte sich der südafrikanische Präsident. „Ich will wissen, ob das die Politik der Nationalen Partei war.“

Zwei Tage später erhielt Mandela ungewollte Schützenhilfe vom angeklagten General. „Wir wollen keine Amnestie“, erklärte Malan, „wir werden vor Gericht beweisen, daß wir unschuldig sind.“ □